

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 1

Artikel: Wiedergeburt der Freiheit - oder des Faschismus? : In seinem Ausblick auf die 70er Jahre schreibt I. F. Stone ; Das Pentagon kommt immer noch zuerst ; Ruhe und Ordnung? Oder Unterdrückung der Schwarzen?

Autor: Stone, I.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Menschheit in einer sozialistischen Gesellschaftsform den Weg zum Frieden und zur Gerechtigkeit finden könne. Gerade dieser Ueberzeugung verschloss man sich im Westen. Als 1961 der Reformierte Weltbund in Zürich tagte, sollte Hromadka in dieser Stadt einen Vortrag halten. Dagegen erhob sich, auch aus kirchlichen Kreisen, heftige Opposition. Hromadka durfte dann nicht öffentlich sprechen.

Das westliche Misstrauen übertrug sich auch auf eines seiner wichtigsten Werke: die Prager Christliche Friedenskonferenz. Dabei blieb Hromadka seiner tiefsten christlichen Ueberzeugung bis zuletzt treu: Gewaltsame Agitationsmethoden, Propaganda, Prozesse und Polizeikontrollen vertrat er nie. Er wurde nicht müde, zur Mitverantwortung für die Armen, die Schwachen, die Hilflosen und Elenden aufzurufen. In seinem Vortrag an der Amsterdamer Konferenz 1948 hatte er diese Mitverantwortung «das Herz des sozialistischen Humanismus» genannt.

Im Oktober vergangenen Jahres war der Schreiber in Eisenach zum letzten Mal mit Josef Hromadka zusammen. Wir sprachen von der Gefahr der Erschütterung des europäischen Gleichgewichtes, die zum Einmarsch von Truppen des Warschaupaktes in die Tschechoslowakei geführt hatte. Hromadka konnte diesen Schritt nicht verstehen, aber er betonte gleichzeitig: «Ich war nie und bin auch heute nicht antikommunistisch oder antisowjetisch.» Auch die Tatsache, dass er mit manchen seiner Freunde über die Notwendigkeit, militärische Mittel einzusetzen, nicht einig war, machte diesen grossen Theologen und schlichten Menschen nicht bitter. Er hörte bis zu seinem am 26. Dezember 1969 im Alter von 81 Jahren erfolgten Tod nicht auf, für die Welt und für die Menschen zu hoffen.

Zürich, 8. Januar 1970

Heinrich Hellstern

Wiedergeburt der Freiheit – oder des Faschismus?

In seinem Ausblick auf die 70er Jahre schreibt I. F. Stone:

1976 feiert Amerika den 200. Geburtstag seiner Unabhängigkeit. Heute, wie nie zuvor stellt man sich die bange Frage, ob Amerika 1976 noch frei sein wird. Dieses Dezennium könnte in vielen Ländern eine Wiederkehr des Faschismus herbeiführen, ein Ausschlagen des Pendels von der Toleranz nach der Seite der Unterdrückung. Eine gesunde Gesellschaft bedarf eines Ausgleiches zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen sozialem Fortschritt und Stabilität. Dieses Gleichgewicht ist heute infolge der Bevölkerungsexplosion und der zunehmenden Kompliziertheit des Lebens schwerer zu erreichen. Beide Erscheinungen reizen zu Gewalttätigkeit und Reaktionen der Verzweiflung; man braucht nur zu viele Tiere in einen Käfig zu sperren, dann hört man das selbe Fauchen und Kreischen. In Amerika kommt zum allgemeinen Uebel der Verschmutzung der Umwelt und der an ihrem Unrat

erstickenden Städte auch die Zunahme des Verbrechens in der jungen Generation. Sie geht einher mit der Ausbreitung der Revolte der Schwarzen, der bitteren Frucht eines Jahrhunderts der Sklaverei und eines weiteren Jahrhunderts schwerster Demütigung. Wir können mit all diesen, unter sich zusammenhängenden Problemen unmöglich fertig werden, es sei denn, wir zeigen in den kommenden Jahren viel mehr politisches und soziales Verständnis und bringen die wohlhabende Mehrheit dazu, auf privaten Luxus zu verzichten, damit man dem öffentlichen Schmutz und Elend ein Ende machen kann.

Das Pentagon kommt immer noch zuerst

Im Lauf der letzten Jahre waren einige Untersuchungs-Kommissionen von hohem Rang bemüht, die Feststellung von nationalen Missständen und damit die Erziehung der amerikanischen öffentlichen Meinung voranzutreiben. Eine von ihnen, die die Gründe für die Zunahme von Gewaltakten zu untersuchen hatte, wurde vor anderthalb Jahren, nach der Ermordung von Robert Kennedy und Martin Luther King ernannt. Ihr Untersuchungsbericht stellt fest, was so manch früherer Rapport schon bekannt gab, dass Verbrechen und Gewalttaten nur bekämpft werden können, *wenn man Armut und rassistische Benachteiligung aus der Welt schafft*. Mitglieder der Kommission waren konservativste Persönlichkeiten, unter ihnen Kardinal Cooke von New York, oberster Seelsorger der USA-Militärkräfte. «Als ersten Schritt» verlangte die Kommission eine radikale Umstellung in der Rangordnung öffentlicher Ausgaben, die bis dahin dem militärischen Establishment den ersten Anspruch auf die nationalen Einkünfte gewährt hatte. Doch noch während der Bericht herauskam, zeigte es sich, dass der Wind bei uns in umgekehrter Richtung weht.

Von Nixon war kein Wort des Kommentars oder des Dankes zu hören, als ihm der Rapport vorgelegt wurde. Der Präsident der Kommission, Dr. Milton Eisenhower, konnte nur sagen, dass Nixon ihn «ermächtigt» habe, mitzuteilen, der Präsident sei «sehr besorgt» über dessen Ergebnisse und werde ihn «genau studieren». Die Zusammenstellung der präsidentiellen Dokumente für jene Woche enthielt vier verschiedene Reden und Interviews von Nixon über – *Fussball*, aber kein Wort über den Bericht der erwähnten Kommission. Die Kommission schlug eine Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Wohlfahrt um 20 Milliarden Dollar vor, die zum Teil aus einer Verminderung der Militärausgaben «nach Vietnam», zum andern aus erhöhten Steuern vom wachsenden Nationaleinkommen zu gewinnen wären. Doch Nixon hatte schon Tage vorher an einer Pressekonferenz durchblicken lassen, wie fremd ihm solche Gedankengänge sind.

Von einem Journalisten aus dem Busch geklopft, gab Nixon zu, er sei der Auffassung, das Ende des Vietnamkrieges werde keine bedeutenden Mittel für den nationalen Haushalt freimachen. Er bestritt auch nicht, dass die USA mit den innenpolitischen Problemen finanziell fertig werden können, aber nicht durch erhöhte Steuern. Bundes-, Staats- und lokale Steuern nähmen schon 25–37% des nationalen Einkommens weg, erklärte er (30%

ist die übliche Schätzung), «würde man mehr verlangen, so müsste die Nation den Charakter einer freien Unternehmer-Wirtschaft verlieren». Das heisst, dass das «Freie Unternehmer-System» den Vorrang hat, selbst vor sozialen Fragen, die die Nation entzweireissen können. Wenn nötig, kann man hinzufügen, muss die Armut weiter andauern, damit der Profit nicht zu kurz kommt. Das ist Republikaner-Gesinnung in Reinkultur. Die entspricht dem Fatalismus der marxistisch-leninistischen Prognose. Kein Radikalinski könnte Worte brauchen, die aufwieglerischer wären als Nixons gefühllose Erklärung.

Sie geht gegen die besten Ratschläge der Eisenhower Kommission, wie gegen die all ihrer Vorgänger. Die sogenannte «südliche Strategie» Nixons ist darauf angelegt, die gedankenlosen Reichen gegen die verzweifelten Armen, die ratlose und verwirrte mittlere Generation gegen die idealistische Jugend zu hetzen. Gut möglich ist, dass damit Wallace der Chance beraubt wird, die Reaktionäre des Südens für sich zu gewinnen und dass Nixon mit ihren Stimmen 1972 wieder an die Macht kommt. Aber der Preis wird sozialer Aufruhr sein und die Möglichkeit, dass Amerika 1976 ein Polizeistaat ist wie Südafrika. Hier wie dort kostet rassische Unterdrückung jeder-man die Freiheit.

Ruhe und Ordnung? Oder Unterdrückung der Schwarzen?

Von den Schwarzen aus betrachtet sind die Ereignisse des Jahres schlimme Vorzeichen. Die Bemühungen, die Stimmrechtsgesetze (die das Fernhalten der Schwarzen von Abstimmungen zum Verbrechen stempeln d.Ue.) ausser Kraft zu setzen und den Kampf gegen den Rassismus in den Schulen den südstaatlichen Machthabern zuliebe zu sabotieren, machen ganz den Eindruck einer Neu-Auflage der Nach-Reconstruction Aera der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, d.h. des Versuches, die Herrschaft der Weissen im Süden wieder zu festigen. Ruhe und Ordnung scheint für die Regierung Nixon nur als Unterdrückung der Schwarzen verstanden zu werden. In der City von Newyork wurde ein Untersuchungs-Richter, der in den letzten Jahren Korruption in der Verwaltung (d.h. unter den Weissen d.Ue.) energisch bekämpft hatte, unter Druck des Weissen Hauses von seinem Posten entfernt, als seine Nachforschungen sich auf Schwarzmarkt-Operationen in Saigon und die Beziehungen der Mafia zu Schweizer Banken ausdehnten. Verbrechen hinter Bankmauern erregen die Oeffentlichkeit jedoch längst nicht so sehr wie das Verbrechen auf der Strasse. Das Schlimmste ist unzweifelhaft die schiessfreudige Anarchie der Polizei selbst, wie sie sich in der Black Panther (Gruppe von schwarzen Rebellen d.Ue.) Treibjagd von Chicago und in der Schiesserei in Los Angeles offenbarte. Diese haben unbeschreibliche Panik erzeugt.

Die Black Panther Jagden lassen auch jene Schichten in der schwarzen Bevölkerung erzittern, die bisher sehr wenig für ihre revolutionären Rassenangehörigen übrig hatten. Es ist unglaublich, wieviele Schwarze von der Furcht besessen sind, *was den Juden in Deutschland geschah, könnte auch sie treffen*. Sie sehen die Black Panther Affäre als ersten Schritt in einer sich

steigernden Verfolgung ihrer Rasse. Schliesslich waren alle Schwarzen, die sich nicht duckten, zur Zeit der Sklaverei und auch seither ein beliebtes Ziel der Verfolger und Killer (siehe KuKluxKlan). In den Gettos von heute behandeln zu viele Polizisten jeden der Rebellion Verdächtigen mit einem Hass, den sie selbst gegen Rauschgifthändler und Zuhälter selten an den Tag legen. Die Chicago-Treibjagd ist in den Augen der Schwarzen etwas wie die «Such und Zerstör»-Operationen, die in Vietnam Schule machen. Sie soll zunächst die Black Panther ausrotten, aber auf lange Sicht – wie grauenhaft übertrieben dies auch tönen mag – zum Genozid führen und alle Schwarzen umbringen, sollten sie auf ihren menschlichen Rechten bestehen. Wenn diese Furcht vor einem blutigen Zusammenstoss und einer «Endlösung» im Nazi-Stil eine blosser Wahnvorstellung sein sollte, so ist es an der Weissen Gemeinschaft, die Schwarzen von solcher Furcht zu befreien, denn sie bedroht die Zukunft von uns allen.

«Normale Politik» genügt nicht mehr dazu, denn normale Politik bedeutet heute südstaatliche Strategie. Sie findet ihren Niederschlag im neuen Steuergesetz, unter welchem Demokraten und Republikaner einander zu überbieten suchen, Steuererleichterungen zu gewähren, obschon ein scharfes Anziehen der Steuerschraube und vermehrte Aufwendungen (siehe oben) am Platz wären. Was wir benötigen, ist ein Feldzug öffentlicher Aufklärung, der jede Stadt, sogar jedes Dorf erreicht und jede Versammlung von Gemeinde-Angehörigen mit den Ergebnissen der Eisenhower-Kommission und allen weiteren vernünftigen Ratschlägen der letzten Jahre bekannt macht. Aus einer rückständigen Mehrheit müssen wir eine aufgeklärte Mehrheit machen. Es braucht dazu eine kleine Armee jugendlicher Jeffersons, die unserer Bevölkerung die Begriffe von Freiheit und freiheitlicher sozialer Entwicklung wieder nahe bringen, wie es der Gestalter unserer Verfassung einst so gut verstand. Es braucht einen Appell an die ganze Nation, damit wir wieder begreifen, dass wir alle in der selben Falle sind, wie gross immer unsere Differenzen sein mögen, – dass wir, ob wir wollen oder nicht, die selbe Luft atmen, vom selben Wasser trinken und durch die selben Strassen schreiten. Die Reichen könnten sich keinen kostbareren Luxus leisten, als dass sie für die Kosten aufkommen, unsere Umwelt sauber und sicher zu machen. Nur wenn wir Armut und Rassismus ausrotten, können wir Sicherheit für unser Land gewinnen. Bis wir die Planung und den Aufwand, die dazu nötig sind, erreichen, braucht es allerdings eine Revolution des Denkens und des Verstehens; keine andere Revolution wird das Werk vollbringen, denn es ist die wohlhabende und komfortable Mehrheit selbst, die bekehrt werden muss. Diese Revolution in die Wege zu leiten, ist die grösste Herausforderung an die Gesellschaft der Siebziger Jahre, sie ist würdig des Einsatzes unserer edelsten Jugend.

I. F. Stone